Ein Anschluss steht nicht zur Diskussion

Autor(en): **Angst, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341237

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ziale Gerechtigkeit, ökologischer Umbau der Wirtschaft, Beitritt zur EU, Abrüstung, gleiche Chancen und Rechte für Frauen und Männer – die Positionen sind grundsätzlich unbestritten.

Drittens: Stop der Vereinsmeierei!

Ich bin seit über zwanzig Jahren Mitglied der SP und habe in fast allen möglichen Gremien unserer hierarchisch strukturierten Partei mitgearbeitet. Doch stelle ich fest, dass sich heute sehr viele Neumitglieder schwer tun mit dieser überstrukturierten Vereinsmeierei. Durch ein brisantes politisches Thema motiviert, treten sie der SP bei – um sich schon sehr bald in einem grossen Apparat handlungsunfähig und frustriert zu fühlen. Hier müssen wir neue Formen der Politikvermittlung und der politischen Arbeit entwickeln. Wir lassen sonst das riesige Potential unserer Mitgliedschaft brach liegen.

Zum Schluss: Krisen werden häufig als Chance für einen Neuanfang deklariert. Wir hingegen stehen nun vor der etwas ungewohnten Aufgabe, uns nicht durch unsere momentane Attraktivität blenden zu lassen, sondern vielmehr unsere eigenen Stärken als Motor für innere Veränderungen zu nutzen. Schliesslich wollen wir stärker werden!

Barbara Haering ist Zürcher SP-Nationalrätin.

Ein Anschluss steht nicht zur Diskussion

Peter Bodenmann und André Daguet wollen unabhängige Linke zum Eintritt in ihre Partei bewegen. Um dieses Ziel zu erreichen, geben sie sich betont kämpferisch. Aus ihrem Text erfahren wir, dass nicht mehr die Modernisierungskoalition mit dem exportorientierten Kapital und der

Walter Angst

FdP der sozialdemokratische Königsweg sei, wie das in den Euro-Papieren steht und zum Beispiel in Zürich von der Partei auch umgesetzt wird. Nein. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus hätten sich die Kräfteverhältnisse derart dramatisch verschoben, dass eine linke Gegenmacht aufgebaut werden müsse. Nur so würden „demokratische, soziale und ökologische Reformen" wieder „möglich".
Das Machtfaktor-Papier durchzieht allerdings kein stringent linker Diskurs. Die Vielfalt der Denkansätze, deren Zusammenhang nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, das Spiel mit Slogans, Schlagworten und peppigen Lehrsätzen, ist – wir

wissen es – ein Charakteristikum der neueren SPS-Literatur. Um zu verhindern, dass man über verschiedene Textauslegungen spricht, müsste deshalb zuerst geklärt werden, was uns Peter Bodenmann und André Daguet als Basis für eine neue Einheit der Linken genau vorschlagen.
Klar ist die zentrale Aussage: Nach dem angeblich besten Wahlresultat der Linken in diesem Jahrhundert (man nimmt es dabei mit den Fakten nicht besonders genau) sei der Zeitpunkt gekommen, die Reihen um die SPS herum zu schliessen. Wer noch nicht dabei ist, solle sich anschliessen. Wer in unabhängigen Frontorganisationen tätig ist, soll sich im Interesse der Einheit der Bewegung dem politischen Führungsanspruch der SPS unterwerfen. Voraussetzung für den Anschluss scheint dabei die Übernahme der neuen Wirtschaftspolitik der Einheitspartei zu sein. Diese Wirtschaftspolitik orientiert sich an einer ökologischen Strukturanpassung. Dieser ökologische Umbau setze im Gegensatz zu den Revitalisierungsbestrebungen des Kapitals einen neuen Wachstumsschub frei, behaupten die Autoren. Ein Wachstumsschub, der die Voraussetzung für eine neue Umverteilungspolitik schaffe. So könne die Schweiz in einem zweiten Schritt wieder sozialer werden. (Nur nebenbei sei hier bemerkt, dass dieser Ansatz die Basis der klassischen Reformpolitik der Sozialdemokratie in der Ära des Fordismus war.)
Die Bündelung der Kräfte in SP, Gewerkschaften und Umweltverbänden, so die Autoren zum Dritten, sei die Voraussetzung dafür, dass eine Serie von Einzelforderungen umgesetzt werden könne. Diese Bündelung sei möglich, da es einen Katalog grundlegender Forderungen gebe, der faktisch die gemeinsame Basis der Linken sei. „Wer sich links definiert", heisst es im Text, sei „heute in aller Regel" mit diesen Forderungen einverstanden.
Obwohl ich keineswegs bereit bin, die Strategie- und Programmdebatte auf sechs Politschlager zu reduzieren, kann anhand dieses angeblich gemeinsamen Fundus der Linken der erste Grund sichtbar gemacht werden, warum für radikale Linke ein Anschluss an die SPS keine politische Perspektive sein kann. Wenn man nämlich dort, wo SP-Leute etwas zu sagen haben, in die Niederungen der Alltagspolitik hinabsteigt, wird man merken, dass zwischen dem Einverständnis mit der von Bodenmann und Daguet skizzierten Politik und der Bereitschaft, die entsprechenden Postulate allenfalls auch auf Kosten eines Pöstchens umzusetzen, ein Graben klafft.

Die Besonderheit der SP-Politik in den 90er Jahren ist, dass sie nicht mehr sozialdemokratisch ist.

- Zum Beispiel in der Kommunalpolitik. Umstrukturierung heisst dort „New Public Management", ein Konzept, das sozialdemokratische PolitikerInnen ins Schwärmen bringt. In der Praxis bedeutet NPM allerdings für einen grösseren Teil der öffentlichen Angestellten Reallohnabbau, Stellenkürzung, Privatisierung und mehr Stress am Arbeitsplatz.
- Zum Beispiel in der Ausländerpolitik. Den Hass auf Ausländerinnen und Ausländer haben sozialdemokratische Exekutivmitglieder in Zürich mit Zwangsmassnahmen „bekämpft", die dem institutionellen Rassismus heute neue Spielräume öffnen.
- Zum Beispiel Sozialpolitik. Statt den Widerstand der Linken und der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau mitzuorganisieren und konsequent für die Senkung der Lebensarbeitszeit einzutreten, hat die SPS mit ihrem Ja zur 10. AHV-Revision der Rentenalterserhöhung das Tor geöffnet.

Diese konkrete Politik ist ziemlich das Gegenteil dessen, was im eisernen Fundus der Linken steht.
Man könnte die Liste fortsetzen. Feststellen müsste man dann, dass das sozialdemokratische Reformpotential und die Fähigkeit der SPS, die Auswüchse der neoliberalen Strukturreform sozial abzufedern, gegen Null strebt. Die Besonderheit der

SP-Politik in den 90er-Jahren ist, dass sie nicht mehr sozialdemokratisch ist. Das ist der zweite Grund, warum ein Eintritt in die SPS weniger denn je gefragt ist.
Die Geschichte der SPS seit der Spaltung der Arbeiterbewegung anfangs der 20er-Jahre ist eine Geschichte von Anpassungsleistungen an die Erfordernisse der Kapitalverwertung. Die jüngste dieser Anpassungen ist die Hinwendung der Partei zu neoliberalen Postulaten und zu den Grundsätzen des nationalen Wettbewerbsstaates. Von früheren Anpassungen unterscheidet sich diese programmatischen Neuorientierung allerdings fundamental. Es gibt nämlich kein Anzeichen dafür, dass das sich radikalisierende Kapital bereit ist, die Neuorientierung der SPS auf eine pseudolinke Standortpolitik mit sozialen Kompromissen zu honorieren.
Der Raum für eine kämpferische Linke ist die Ablehnung des neoliberalen Umbaus. Im Kampf für einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungstyp kommt sie dabei nicht an der Frage vorbei, wie die Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht demokratisch kontrolliert werden können. Ohne die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals anzutasten, wird dies auf keinen Fall möglich sein. Dass die SP weder gewillt noch in der Lage ist, ihre Politik auf dieses Ziel auszurichten, wird nirgends deutlicher als im vorliegenden „Machtfaktor-Papier": Die Parteiführung präsentiert selbst dann, wenn sie die Linke einbinden will, ein Konzept, das ökologische, soziale und politische Reformen nur im Zusammenhang mit einer neuen Wachstumsperspektive, sprich also einer weiteren Erhöhung oder zumindest einer Garantie der Kapitalrendite für möglich erachtet. Eine solche Wachstumsperspektive ist jedoch weit und breit nicht auszumachen, schon gar nicht im Maastricht-Europa, für das wir gemäss den Autoren einzutreten hätten.
Hingegen hat das De Pury-Papier „Mut zum Aufbruch" klar gemacht, dass das Kapital auch in einem Umfeld des stockenden Aufschwungs oder der Stagnation mit seinem Programm der sozialen Revanche ernst machen will. Man muss deshalb davon ausgehen, dass sich die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen und die Opfer, die der neoliberale Umbau fordert, grösser und zahlreicher werden. Der Raum für eine neue, kämpferische Politik, die sich nicht in den Fesseln der Sozialdemokratie verheddert, wird damit tendenziell grösser.
Ausdruck dieser Tendenz ist, dass bei den Nationalratswahlen neben der SP auch jene linken Kräfte an Stärke gewonnen haben, die in der entsprechenden Gretchenfrage – der Erhöhung des Frauenrentenalters – klar gegen die neoliberale Umstrukturierung Stellung bezogen haben. In der Westschweiz ist der Prozess schon weiter fortgeschritten. Die kämpferische Linke ist dort bereits heute ein realer Machtfaktor. Und das, so scheint es, ist gar nicht so schlecht.
Um die in der Westschweiz bereits zur Realität gewordene Perspektive auch national umzusetzen, müssten sich allerdings die bisher in Gruppen und Grüppchen zersplitterten und zumeist in Bewegungen aktiven ProtagonistInnen eines antikapitalistischen Widerstands die Mühe eines politischen Neuanfangs machen. Dieser Neuanfang kann nur ausserhalb der SP stattfinden. Wird dieser Neuanfang nicht an die Hand genommen, könnte es passieren, dass wir in naher Zukunft wieder einmal von sozialen Eruptionen überrascht werden. Und das wäre nicht gut.

Walter Angst ist Vorstandsmitglied der PdA Zürich und Redaktor des «Vorwärts».